

Polizei rettet Reh aus Zürichsee

MEILEN ZH Ungewöhnlicher Einsatz für die Kantonale Seepolizei Zürich am Samstag: Am Nachmittag meldeten Passanten, dass in der Nähe des Schiffsteges in Meilen ein Reh in Richtung Seemitte schwamm. Während die Seepolizei Ausschau nach dem Tier gehalten habe, sei dieses zurückgeschwommen und habe sich unter dem Steg verkrochen, teilt die Kantonspolizei Zürich mit. Weil es nicht mehr selbstständig habe an Land gehen können, sei es darauf von einem Seepolizisten geborgen und an den Jagdaufseher übergeben worden. (RED)

Demgegen Homophobie und CVP-Initiative

BERN Am gestrigen Tag gegen Homophobie haben nach Angaben der Organisatoren mehrere hundert Personen auf dem Berner Münsterplatz demonstriert. Die Veranstaltung richtete sich gegen Schwulenfeindlichkeit und für die vollständige rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare. Eine solche wolle die CVP mit der Familieninitiative verhindern, teilten die Organisatoren mit. Hinter dem Verband stehen Vereine wie Pink Cross, aber auch Untergruppierungen aller grossen Schweizer Parteien. (RED)

28-Jähriger stirbt nach Kollision mit Pfeiler

APPENZELLD Gegen halb vier Uhr am Samstagmorgen fuhr ein 28-jähriger Autolenker auf der Bleichestrasse in Appenzell aus noch ungeklärten Gründen ungebremst in einen Brückenpfeiler eines Viaduktes. Wie die Kantonspolizei Appenzell-Innerrhodens schreibt, konnten die sofort alarmierten Rettungskräfte nur noch den Tod des jungen Mannes feststellen. Am Auto sei Totalschaden entstanden, die Staatsanwaltschaft habe weitere Abklärungen angeordnet. (RED)

Schwyzer Polizei hebt Spielhöllen aus

SCHWYZ Bei einer Kontrolle im Auftrag der Spielbankenkommission hat die Kantonspolizei Schwyz in der Nacht von Freitag auf Samstag zwei Betriebe in Brunnen und Sieben kontrolliert sowie 16 Glücksspielgeräte und 12 000 Franken Bargeld beschlagnahmt. Zwei Lokalbetreiber seien verurteilt worden, eine 20-jährige Frau aus Bosnien wurde wegen illegaler Arbeitstätigkeit verhaftet. (RED)

WETTER

Sonnig und warm Heute gibt es in der ganzen Schweiz viel Sonnenschein, und es herrschen angenehme Temperaturen um 20 bis 22 Grad. 34

GEWINNZAHLN

Table with lottery results for Swiss Lotto, including winning numbers (7, 10, 32, 38, 40, 42) and jackpot amount (1 300 000.-).

MILIZ-SYSTEM

Parlamentarier: 29 Stunden pro Woche für politische Arbeit

«Schweiz am Sonntag»-Umfrage zeigt: Tätigkeit des durchschnittlichen National- und Ständerats entspricht einem 70-Prozent-Pensum

Sie reden nicht gern darüber, aber die Debatte ist lanciert: Verdienen nationale Politiker zu viel, sodass sich das Miliz zum Berufsparlament wandelt?

VON CHRISTOF MOSER UND ALAN CASSIDY

Sein Rücktritt aus dem Parlament hinterlässt bei vielen National- und Ständeräten einen schalen Nachgeschmack: SVP-Nationalrat Christoph Blocher polemisierte bei seiner Abgangsankündigung gegen die angebliche Ineffizienz des politischen Betriebs im Bundeshaus – und kündigte eine Initiative zur Senkung der Parlamentarierentschädigung auf 50 000 Franken an.

Dahinter verbirgt sich eine klare Absicht: Dem schleichenden Wandel des Schweizer Miliz- zu einem Berufsparlament soll ein Riegel geschoben werden, indem die Entschädigung für die Parlamentsarbeit auf das Niveau eines 30-Prozent-Pensums gesenkt werden soll. Die restlichen 70 Prozent der Arbeitszeit sollen die Volks- und Kantonsvertreter im National- und Ständerat mit Tätigkeiten ausserhalb der Politik verbringen.

EINE UMFRAGE der «Schweiz am Sonntag» bei allen 246 eidgenössischen Nationalen, an der sich 99 National- und Ständeräte beteiligt haben, zeigt jetzt, wie viel Arbeitszeit Politikerinnen und Politiker im Bundeshaus heute nach eigenen Angaben durchschnittlich für ihr Mandat aufwenden: 29 Stunden pro Woche. Dies entspricht, umgerechnet auf eine 42-Stunden-Woche, einem 70-Prozent-Pensum (siehe Grafik). Dabei reicht die Spannweite der Angaben von 15 (Grünen-Nationalrat Alec von Grafenried) bis zu 60 Wochenstunden (BDP-Nationalrat Bernhard Gull).

Weil die meisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier zusammen mit ihrer allfälligen Berufstätigkeit auf eine teilweise weit höhere Wochenarbeitszeit kommen, ergibt die Umfrage im Jahresdurchschnitt ein parlamentarisches Ardeipensum von 63 Prozent. Rund ein Drittel der befragten Politiker gibt an, neben der Parlamentstätigkeit keinem Beruf mehr nachzugehen. Sie sind also als Berufspolitiker tätig.

Das Ergebnis der aktuellen Umfrage deckt sich mit einer Untersuchung der Politologen Sarah Bütikofer und Simon Hug, die die Zusammensetzung des Parlaments zwischen 1971 und 2007 verglichen – und so dokumentierten, dass die Milizpolitiker zunehmend eine Minderheit bilden. Im Nationalrat hat sich ihre Zahl in diesem Zeitraum halbiert: 28 Prozent der Ratsmitglieder klassifizierten die Forscher als Berufspolitiker, gerade noch 13 Prozent gingen 2007 als reine Milizpolitiker durch. Gänzlich verschwunden waren die Milizler aus dem Ständerat.

Blochers Abschiedstirade gegen seine Ratskollegen entfacht nicht nur die Debatte um das Milizparlament neu, sondern rückt auch die Bezahlung der Politiker in den Fokus. Landläufig gilt die heutige Entschädigungsregelung als fürstlich, die Nationalräten im Schnitt 130 000 und Ständeräten 155 000 Franken einbringend.

Doch gegen diese Wahrnehmung wehren sich viele Ratsmitglieder vehement. Sie weisen auf die hohen Auslagen hin, die ihr Amt zwangsläufig mit sich bringe. Nach Abzug der Ausgaben bleiben einem durchschnittlichen Parlamentarier nach eigenen Angaben rund 63 000 Franken. Denn oft nicht eingerechnet würden zum Beispiel die Mandatsabgaben an Partei und Fraktion, die Kosten für die Büroinfrastruktur oder den Wahlkampf. «Politiker sind der einzige Berufszweig, der für die Fortführung seiner Tätigkeit alle vier Jahre Geld aufwerfen muss», sagt SP-Nationalrätin Jacqueline Badran, die für ihre Polit-Tätigkeit nach eigenen Berechnungen auf einen Stundenlohn von 42 Franken kommt. CVP-Nationalrat Jacques Neiryneck sagt: «Ich bin

«Ich bin skandalös unterbezahlt für meine Arbeit und meine Qualifikation.»

CVP-NATIONALRAT JACQUES NEIRYNECK

skandalös unterbezahlt für meine Arbeit und meine Qualifikation.»

Grünen-Nationalrätin Yvonne Gilli setzt bis zu 28 Wochenstunden für ihr Mandat ein und führt daneben eine Hausarztpraxis. Die heutige Entlohnung der Parlamentarier sei sicher nicht zu hoch, sagt sie: «Für mich ergeben sich während der Parlamentstätigkeit laufende Praxiskosten von täglich 650 bis 700 Franken. Jeder Tag in Bern kostet mich also Geld, das bereits heute nicht durch die Entschädigung gedeckt ist.»

DER STREIT um die Politikerlöhne ist eng verknüpft mit der Debatte um die Grenzen des Milizparlaments, die erstmals durch den Mirage-Skandal 1964 aufgeworfen wurde. Schonungslos legte die damalige Kampffiet-Beschaffung offen, wie überfordert das Parlament mit der Kontrolle der Regierungstätigkeit war. In der Folge untersuchte eine eigens eingesetzte Gruppe 1974 den Systemwechsel hin zu einem Berufsparlament. Man entschied sich dagegen, wollte aber das Milizsystem stärken. Doch die Justizaffäre um Elisabeth Kopp und der anschliessende Fischen-Skandal erschütterten das Parlament abermals in seinem Selbstverständnis. Erneut, so schien es, hatte sich die Legislative gegenüber Regierung und Verwaltung als zu wenig stark erwiesen.

Auf Anregung der freisinnigen Parlamentarier und Rechtsprofessoren René Rhinow und Gilles Petitpierre erarbeitete

das Parlament deshalb Vorschläge für eine grosse Reform. Unter anderem sollten die Entschädigungen deutlich erhöht werden – was 1992 nach einem von Blocher unterstützten Referendum abgelehnt wurde (siehe Text unten).

Trotz des klaren Votums der Stimmbürger genehmigten sich die Räte seit 1991 wiederholt höhere Bezüge. So stiegen 2001 die Sitzungsgelder um ein Drittel, 2007 und 2011 wurden jeweils das Jahreseinkommen, das Taggeld und die Beiträge für Personal- und Sachausgaben erhöht. Auch die Fraktionsbeiträge sind in den vergangenen zwanzig Jahren siebenmal angehoben worden.

Jetzt will Blocher die Entwicklung wieder in die andere Richtung lenken. Bereits warnt Grünen-Präsidentin Regula Rytz: Unter einer Reduktion der Entschädigung würden die Parteien leiden, weil damit die Mandatsabgaben geringer ausfielen. «Das schwächt Parteien ohne wirtschaftliche Hausmacht und erhöht die Abhängigkeit von Lobbys und Verbänden.» Sukkurs erhält Rytz von CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider: «Die Parteienfinanzierung müsste bei einer Reduktion überprüft werden.»

Die «Schweiz am Sonntag»-Umfrage zeigt, dass nur ein Drittel der Parlamentarier ihr Mandat nach einer Gehaltsenkung auf 50 000 Franken weiterführen könnte. Selbst Parteikollegen Blochers äussern sich kritisch: «Mit einer Entschädigung von 50 000 Franken legt man faktisch drauf», sagt SVP-Nationalrat Maximilian Reimann.

WIE SCHWER sich manche Parlamentarier mit dem Thema tun, zeigen die teilweise geharnischten Reaktionen auf die «Schweiz am Sonntag»-Umfrage. So verzichtete FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter auf eine Teilnahme, weil es sich um einen weiteren Angriff auf unsere Institutionen handle, an dem sie sich nicht beteiligen wolle. CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt hält bereits die blosse Frage nach dem Arbeitsaufwand und dem Verdienst eines Parlamentarier für «eine sackschwache journalistische Leistung». Keine Auskunft erteilen wollte SP-Ständerat Roberto Zanetti, der stattdessen schrieb: «Ich bin nicht der Meinung, dass man jeden Blocher-Furz publizistisch inhalieren muss.»

Andere Parlamentarier beteiligen sich konstruktiv an der Diskussion. Statt mit einer per Gehaltsenkung erzwingenden Effizienzsteigerung des Parlamentsbetriebs schlagen sie andere Reformen vor: SVP-Nationalrat Thomas Aeschi sagt: «Weshalb wird für einstündige Informationsungen ein physisches Treffen in Bern angesetzt, statt Telefon- und Videokonferenzen zu nutzen? In der Privatwirtschaft ist das schon lange Standard.» Und FDP-Nationalrätin Petra Gössi lanciert eine Idee, wie das Milizparlament gestärkt werden könnte: «Den Arbeitgebern, die es ihren Angestellten ermöglichen, einer politischen Tätigkeit nachzugehen, sollte faktisch ein Erwerbsersatz ausbezahlt werden.»

WAS UNSERE PARLAMETARIER VERDIENEN

Durchschnittliche Einkommen, Spesen, Ausgaben und Arbeitszeiten

Ergebnisse einer Umfrage der Schweiz am Sonntag bei allen 246 National- und Ständeräten.

Rücklaufquote: 40% (99)



Table showing income and expenses of parliamentarians. Total average income: 130,870 CHF. Total average expenses: 68,000 CHF.

69% der Parlamentarier arbeiten nebenher.

63% ihrer Arbeitszeit für ihr Mandat.

70% sagen, sie könnten ihr Mandat nicht für 50 000 CHF ausüben.

29 h pro Woche für ihr Mandat.

Warum die «Classe politique» ins Visier gerät

Christoph Blocher verknüpft seine Kritik am Parlament mit der Europafrage – und folgt damit einem Muster von 1992

VON ALAN CASSIDY

Deutlicher hätte er nicht werden können. Seinen Rücktritt aus dem Nationalrat hat Christoph Blocher mit einer fundamentalen Kritik am Parlament verbunden. Die Bundesversammlung, so Blocher, gleiche immer mehr einem ineffizienten Berufsparlament. Bevor sich der frühere Bundesrat ein weiteres Mal dem Kampf gegen die EU verschreibt, zielt er so auf eine der zentralen Institutionen der «Classe politique». Wiederholt sich hier die Geschichte?

IM HERBST 1992 war die Debatte über den Beitritt der Schweiz zum EWR bereits in vollem Gange. Es waren die grossen Fragen, die hier verhandelt wurden: die Souveränität, die Unabhängigkeit, der Sonderfall. Vor der entscheidenden Abstimmung am 6. Dezember stand aber noch ein weiterer Umengang an: Am 27. September befanden die Stimmbürger über das Referendum gegen die Parlamentstreue, das auf Blochers Anregung entstanden war und von ihm finanziell unterstützt wurde. Deutlicher hätte auch dieses Ergebnis kaum ausfallen können.

Mit über 70 Prozent versenkten die Stimmbürger eines der Kernstücke der Reform: die Erhöhung der Entschädigungen für Parlamentarier. Auch eine bessere Infrastruktur für die Fraktionen und Räte lehnten die Stimmbürger ab. Übrig blieb von der Reform bloss der Systemwechsel hin zu ständigen Kommissionen – was heute von Blocher erneut kritisiert wird. Den Ausschlag gab 1992 wohl das Unbehagen, wonach eine bessere Bezahlung der Politiker den Weg zu einem Berufsparlament bedeutete hätte – und damit das Ende des Milizsystems auf Bundesebene. «Man hatte das Gefühl, ein Berufsparlament wäre ein weiterer Schritt in Richtung Europas», sagt der frühere FDP-Nationalrat Peter Weigelt, der die erfolgreiche Referendumskampagne leitete.

Der Kampf gegen die Professionalisierung des Parlaments und gegen die Annäherung an die EU seien für Blocher und die SVP zwei Seiten der gleichen Medaille, sagt der Lausanner Politologe Andrea Pilotti, der die Entwicklung des Schweizer Parlamentarismus erforscht. «Beide stellen eine Bedrohung für die Eigenheiten des politischen Modells der Schweiz dar.»

BLOCHER SELBST will zwar in der Verknüpfung keine Strategie erkennen. Er sagt aber: «Für einen Berufsparlamentarier gibt es nichts Schöneres, als in die



NEIN zur verdeckten Einführung des Berufsparlaments

NEIN zur verfehlten Parlamentsreform

Elitkritische Grundstimmung: Subjekt des Referendums von 1992.

Für Berufsparlamentarier gibt es nichts Schöneres, als in die EU zu gehen.»

ALT-NATIONALRAT CHRISTOPH BLOCHER

aus. Diese Akteure bekämpfen eine Professionalisierung vor allem aus finanziellen Gründen: Sie halten die Kosten der parlamentarischen Reformen für zu hoch. Zudem fürchten sie sich vor einem wachsenden Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Die zweite Art Widerstand geht seit den 1990er Jahren von der SVP aus. Für sie spielen Identitätsfragen eine wichtige Rolle: Sie will kein professionelles Parlament, weil sie den Schweizer Sonderweg bewahren will. Das Milizprinzip dient so als Verteidigung gegen das «europäische Modell».

Auch die Stimmbürger lehnten höhere Entschädigungen für Parlamentarier zweimal ab – offenbar will auch die Bevölkerung kein Berufsparlament. Darin zeigt sich eine gewisse Skepsis: Das Milizsystem symbolisiert für viele Menschen eine unberührbare Säule der Schweiz und ihres politischen Systems. Diese Skepsis zeigt sich aber auch bei den Mitgliedern des Parlaments selbst. Das sah man im Dezember 2011, als eine parlamentarische Initiative ganz klar abgelehnt wurde, die den Übergang zu einem Berufsparlament forderte.

Trotzdem steigt die Zahl der Berufspolitiker, es gibt klare Tendenzen hin zur Professionalisierung. Aber wurde das Parlament dadurch auch besser? Die Verfassung hält seit 1848 fest, dass die Bundesversammlung die oberste Gewalt im Bund ausübt. Lange hatte das Parlament jedoch gar nicht wirklich die Mittel, um diese Aufgabe zu erfüllen. Die Affäre um die Beschaffung der Mirage-Kampffjets und der Fischen-Skandal offenbarten die extreme Schwäche der parlamentarischen Kontrolle über die Verwaltung und die Regierung. Die letzten Reformen, besonders die Einföhrung eines Systems der ständigen Kommissionen im Jahr 1991, haben es dem Parlament dann erlaubt, eine wichtige Aufsichtsfunktion wahrzunehmen. Eine Mirage-Affäre oder ein Fischen-Skandal könnte heute nicht mehr so leicht auftreten.

beat.schmid@schweizsamsonntag.ch

«Das Schweizer Parlament bleibt ein Sonderfall»

VON ALAN CASSIDY

Herr Pilotti, wie sehr unterscheidet sich das Schweizer Parlament noch von den Parlamenten Europas? Andrea Pilotti: Das Schweizer Parlament bleibt im europäischen Vergleich ein Sonderfall. Historisch gesehen hat das Milizprinzip die Übervertretung bestimmter Berufsgruppen erleichtert: Rechtsanwälte und Bauern waren immer stark, Lohnempfänger vergleichsweise eher schwach repräsentiert. Heute besteht die Besonderheit des Parlaments auch darin, dass die Professionalisierung erst spät – in den 1990er Jahren – eingesetzt hat. Dieser Prozess bleibt unvollständig, und wie die jüngsten Ausserungen Christoph Blochers zeigen, immer noch umstritten.

Versuche, das Parlament zu professionalisieren, sind wiederholt gescheitert. Warum?

Es gibt zwei Arten des Widerstands. Die eine Opposition geht seit den 1960er- und 1970er-Jahren von der liberalen Rechten und von Wirtschaftskreisen

AUCH ÜBER DIESES WOCHENENDE wird verhandelt. Die CS-Spitzen wollen bei der US-Seite herausholen, dass diese ihre Forderung nach einem formellen Schuldengeständnis abschwächt. Dafür sind sie bereit, eine höhere Busse in Kauf zu nehmen. Diese Last-Minute-Verhandlungen sind hochgradig heikel: Denn so lange es keinen Deal gibt, so lange baumelt das Damoklesschwert einer Strafklage über der Bank. Als unabhängiger Beobachter wird man den Eindruck nicht los, den CS-Spitzenmanagern gehe es auch darum, ihre eigene Haut zu retten. Wie das wohl die Aktionäre finden, welche die Rekordbusse berappen müssen? Es stellt sich längst nicht mehr die Frage, wer die Schuld an diesem Debakel trägt, sondern wer die Verantwortung dafür übernimmt. Noch scheint kein CS-Chef bereit zu sein, durch seinen Rücktritt weiteren Reputationsschaden abzuwenden.

EIN DESASTER ist die Kapitulation der CS aber nicht für die Finanzmarktaufsicht Finma. Sie hat als Watchdog der Geldbranche genauso versagt. Jahrelang sah die Behörde weg, wenn Finanzinstitute das Bankgeheimnis missbrauchten. Sie beharrte auf dem Standpunkt, dass sie nur sicherstellen müsse, dass Schweizer Recht eingehalten wird. Der frühere Finma-Vizepräsident rechtfertigte sich diese Woche für dieses Versagen und bezeichnete die Amerikaner als «masslos», sie hätten die Bodenhaftung verloren. Ist es wirklich so, dass die Amerikaner übertreiben? Zweifel sind spätestens seit den drakonischen Strafen gegen eigene Banken angebracht. Was haben US-Behörden denn gemacht? Sie haben in mühsamer Ermittlungsarbeit haarsträubende Rechtsverletzungen von Schweizer Bankangestellten in den USA aufgedeckt. Es sind US-Staatsanwälte, die Licht in die Dunkelkammer des Schweizer Privatbankings gebracht haben.

DIE GESCHICHTE wiederholt sich. Zum Glück nicht für die Berner Politik, die sich weigerte, «den Banken» ein zweites Mal aus der Patsche zu helfen. Auch das hat die CS falsch eingeschätzt. Bis vor wenigen Tagen glaubte sie noch, mit der «Too big to fail»-Keule die Politik auf Notrecht-Kurs zu bringen. Vor fünf Jahren funktionierte das noch. Das zeigt: Nicht nur die Bilanzen der Grossbanken schrumpfen, sondern auch deren Macht und Einfluss in der Politik.



Die Credit Suisse hat sich total verrechnet

DIE GESCHICHTE wiederholt sich. Fünf Jahre nach dem spektakulären UBS-Deal sitzt mit der Credit Suisse die zweite Schweizer Grossbank auf der Anklagebank der US-Justiz. Sie wird in diesen Tagen wohl ein Schuldengeständnis unterschreiben, indem sie erklären wird, dass sie US-Steuerpflichtigen bei der Hinterziehung von Steuergeldern geholfen hat. Laut US-Medien wird sie eine Rekordbusse 2,5 Milliarden Dollar bezahlen. Keine Schweizer Bank musste je so tief in die Schatulle greifen, um ihre Haut zu retten. Zum Vergleich: Der Schweizer Finanzplatz zahlte 1998 1,25 Milliarden Dollar für den Holocaust-Vergleich. Die UBS musste letztes Jahr im Libor-Fall 1,4 Milliarden hinblättern. Die CS zahlt nun fast das Doppelte.

EINE MITSCHULD am Debakel trägt die Verteidigungsstrategie der CS. Präsident Urs Rohner, in seinem früheren Leben CS-Chefjurist und mit dem US-Rechtssystem vertraut, sowie sein Nachfolger und Rechtschef Romeo Cerutti verfolgten von Anfang an eine harte Linie. Sie dachten, wenn sie den Amerikanern möglichst lange die Stirn bösen, würden sie am Ende mit einer tieferen Busse belohnt. Sie lagen falsch: Je länger sie taktierten, je mehr Anwälte sie in die Schlacht warfen, desto teurer und desaströser wurde es für die Bank.

ANDREA PILOTTI

Der Politologe forscht an der Universität Lausanne über Geschichte und Entwicklung des Schweizer Parlaments.

